

Änderungsantrag

der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Errichtung und Auflösung von Landesbehörden sowie zur Änderung von Rechtsvorschriften“ (Drucksache 6/2924)

I. Die Angaben zu den Artikeln 3 und 7 bis 12 in der Inhaltsübersicht werden wie folgt gefasst:

„Artikel 3 (weggefallen)“
„Artikel 7 (weggefallen)“
„Artikel 8 (weggefallen)“
„Artikel 9 (weggefallen)“
„Artikel 10 (weggefallen)“
„Artikel 11 (weggefallen)“
„Artikel 12 (weggefallen)“

II. Artikel 3 wird aufgehoben.

III. Artikel 5 Absatz 3 wird aufgehoben.

IV. Artikel 7 bis 12 werden aufgehoben.

V. Artikel 45 Absatz 1 wird aufgehoben.

Begründung:

Wir beantragen die Streichung der die Schulämterstruktur und die Lehrerbildung betreffenden Artikel im vorliegenden Gesetzentwurf, weil wir die vorgeschlagenen Strukturen für undurchdacht halten. Wir geben dem Bildungsministerium damit Zeit für eine intensivere Debatte. Neben den noch nicht absehbaren Ergebnissen der Kreisgebietsreform sprechen dafür folgende Gründe:

Die Anforderungen an die Schulaufsicht im Land Brandenburg sind gewachsen. Zunehmend muss Schulaufsicht auch mit Blick auf Bildungsqualität beratend tätig werden, nicht zuletzt vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen wie Inklusion und Migration. Die untere Schulaufsicht muss auch in einem Flächenland wie Brandenburg zudem für Schulleiter, Lehrkräfte, aber auch Eltern erreichbar bleiben.

Die im Jahr 2014 übereilt vollzogene Reform der Schulaufsicht hat diese Maßgaben gänzlich verfehlt, sowohl was die Einrichtung eines Landesschulamtes als auch die Ausdünnung der unteren Schulaufsicht auf vier Standorte anbelangt. Dies trifft umso mehr zu, als die Umstrukturierung mit massiven Personaleinsparungen einherging. Während die Aufgaben der Schulaufsicht gewachsen sind, hat sich die Personalausstattung deutlich verschlechtert. Zudem ist seitdem die untere Schulaufsicht in einigen Regionen des Landes kaum noch erreichbar. Die Reform hat nahezu alle selbst gesteckten Ziele verfehlt und muss daher als gescheitert gelten.

Die Einführung des Landesamtes für Schule und Lehrerbildung hat zu strukturellen Verwerfungen in der Schulaufsicht geführt, ohne zugleich das unbestrittene Koordinierungsdefizit zwischen oberer und unterer Schulaufsicht zu lösen. Deswegen begrüßen wir die Rückabwicklung der Reform der Schulämter in der jetzigen Struktur des Landesschulamtes grundsätzlich. Es ist für uns jedoch klar: Obwohl das Landes-schulamts Teil des Problems war, ist seine im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehene Abschaffung allein kein Beitrag zu einer Lösung. Ohne eine zukunftsweisende Gesamtkonzeption droht sie vielmehr, die Probleme weiter zu verschärfen.

Schließlich stellt die Lehrerbildung eine umfangreiche Vollzugsaufgabe dar. Derzeit müssen fast 1.000 Lehramtskandidaten an verschiedenen Standorten im Land Brandenburg durch eine Vielzahl von Ausbildern ausgebildet werden. Diese Aufgaben kann, anders als dies der vorliegende Gesetzentwurf vorsieht, erfolgreich nur von einer eigenen Landesbehörde wahrgenommen werden. Dies entspricht auch der Verwaltungsstruktur der allermeisten deutschen Bundesländer. Zudem wird die Chance einer engeren Verzahnung mit der Lehrerfortbildung vertan. Hier wäre eine Anbindung an das LISUM denkbar.

Wir lehnen den vorliegenden Gesetzentwurf daher ab. Mit diesem Änderungsantrag soll dem Bildungsministerium Zeit gegeben werden, um die bereits begonnene, aber vor dem Ende abgebrochene Aufgabenkritik und Neustrukturierung der Schulaufsicht zu Ende zu bringen. Dies sollte zusammen mit externen Experten geschehen. Wir fordern im Anschluss an eine solche externe Evaluation eine umfassende Neukonzeption,

- die die Erreichbarkeit der unteren Schulaufsicht sicherstellt (wofür möglicherweise im Land Brandenburg mindestens fünf Standorte nötig sind);
- die mit einer spürbar besseren Personalausstattung einhergeht, insbesondere mit Blick auf die hohe Zahl von Neusteinstellungen von Lehrkräften in den kommenden Jahren;
- die eine konzeptionelle Antwort auf die nach wie vor bestehenden Defizite bei der Steuerung der unteren Schulaufsicht durch die obere Schulaufsicht gibt;
- und in deren Erstellung alle Ebenen einbezogen werden, die obere und die untere Schulaufsicht ebenso wie Schule selbst.

Wir fordern zudem die Wiedereinführung eines eigenen Landesinstituts für die Ausbildung der Lehramtskandidaten, das sich an das erfolgreiche und 2014 unmotiviert aufgelöste Landesinstitut für Lehrerbildung anlehnt.